



Industrie

Weigert und Holetschek: "Die künftige Bundesregierung muss jetzt entschlossen handeln, um Arzneimittelforschung und -produktion zu stärken"

09. November 2021

MÜNCHEN/MARTINSRIED Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert und Gesundheitsminister Klaus Holetschek möchten Bayern als Pharmastandort stärken und die Rahmenbedingungen für eine sichere Arzneimittelversorgung verbessern. Deshalb haben die beiden Politiker heute in Martinsried mit den Pharmaverbänden die fortgeschriebene [Gemeinsame Erklärung des Bayerischen Pharmagipfels](#) unterzeichnet. Die Ministerien haben mit den Pharmaverbänden eine Vielzahl ganz konkreter Maßnahmen erarbeitet, darunter die Stärkung des Patentschutzes und Vereinfachung von Verwaltungsprozessen. Diese müssen jetzt auf Bundesebene umgesetzt werden, denn Ausgaben für Arzneimittel sind Investitionen in die Gesundheit. Unterzeichner seitens der Pharmaverbände sind der Bundesverband der Arzneimittelhersteller e.V. (B.A.H), die Biotechnologie-Industrie-Organisation Deutschland e.V. (BIO Deutschland), der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie e.V. (BPI), Pro Generika e.V. und der Verband Forschender Arzneimittelhersteller e.V. (vfa).

Weigert: "Wir müssen unsere Arzneimittelindustrie weiter stärken. Die Herausforderungen bei Forschung und Produktion sind groß. Das hat die Pandemie einmal mehr gezeigt. Es kommt jetzt auch auf entschlossenes Handeln der zukünftigen Bundesregierung an. Für eine innovative und resiliente Arzneimittelindustrie brauchen wir geeignete Rahmenbedingungen. Besonders wichtig sind der Erhalt des Patentschutzes als Innovationsanreiz und Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die klinische Forschung, die durch überbordende Bürokratie behindert wird. Zur klinischen Forschung werden wir in einer Arbeitsgruppe noch weitere Vorschläge entwickeln."

Gesundheitsminister Klaus Holetschek unterstrich: "Die Corona-Pandemie hat eindrücklich gezeigt, wie wichtig eine stabile Versorgung mit qualitativ hochwertigen und innovativen Arzneimitteln ist. Dafür setzen wir uns auch weiterhin intensiv ein: Der schnelle Zugang von Patientinnen und Patienten sowohl zu innovativen Therapien als auch zu bewährten Arzneimitteln muss auch in Zukunft gewährleistet bleiben. Die Gemeinsame Erklärung enthält deshalb konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Versorgungssicherheit. Gleichzeitig haben wir die Forschung im Blick: Um sie zu verbessern, brauchen wir eine möglichst breite Basis an Gesundheitsdaten. Denn klar ist: Je mehr wir wissen, desto bessere Therapien können entwickelt werden. Die Gemeinsame Erklärung schlägt daher ein Opt-Out Modell vor: Daten aus der elektronischen Patientenakte (ePA) sollen zu Forschungszwecken genutzt werden können – es sei denn, die Patientin oder der Patient entscheidet sich gegen eine Nutzung der ePA oder für eine Löschung der Daten. Die Versicherten sollen ihre Daten also ganz klar weiterhin selbst in der Hand haben."

Aus Sicht der forschenden Pharmaunternehmen betonte Chantal Friebertshäuser, Vorsitzende der Geschäftsführung MSD Sharp & Dohme GmbH als Landesbeauftragte des vfa: "Jetzt ist die Zeit, gezielt zukunftsfähige Strukturen zur Verbesserung der Versorgung von Patientinnen und Patienten zu schaffen und den Pharmastandort Bayern für die Zukunft zu stärken. Die Covid-19-Pandemie hat uns gezeigt: Um Pandemien und Volkskrankheiten wirksam zu bekämpfen und ein langes, gesundes Leben zu ermöglichen, leisten die forschenden Arzneimittelhersteller und die gesamte industrielle Gesundheitswirtschaft einen enormen Beitrag. Damit Ihr Pioniergeist von Dauer ist, ist es wichtig, dass langfristige Investitionen in Forschung gewürdigt und Potenziale noch besser als heute genutzt werden."

Dr. Peter Heinrich, Geschäftsführer der Sinfonie Life Science Management GmbH und Vorstand der BIO Deutschland fügte hinzu: "Bayern ist ein hochklassiger Forschungs- und Produktionsstandort für Biopharmazeutika. Ein wichtiger Innovationstreiber sind die bayerischen Biotechnologieunternehmen, die häufig in enger Partnerschaft mit Forschungseinrichtungen und der pharmazeutischen Industrie kooperieren. Um zu gewährleisten, dass unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb weiterhin eine Spitzenposition einnehmen, müssen wir jetzt dringend die Digitalisierung in der Medizin voranbringen und vor allem auch den Forschern aus der Industrie, den Zugriff auf Gesundheitsdaten ermöglichen, selbstverständlich unter Berücksichtigung der europäischen Datenschutzrichtlinien. Nur so können wir das Ziel einer personalisierten Medizin zum Wohle der Patientinnen und Patienten erreichen."

Oliver Kirst, Geschäftsführer Servier Deutschland GmbH und Vorstand des BPI-Landesverbands Bayern unterstrich: "Die standardisierte Weitergabe von Gesundheitsdaten aus der elektronischen Patientenakte an das Forschungsdatenzentrum würde eine fundiertere Versorgungsforschung ermöglichen und damit wertvolle Erkenntnisse für eine noch bessere Gesundheitsversorgung liefern."

Der BAH-Vorstandsvorsitzende Jörg Wieczorek, Geschäftsführer Hermes Arzneimittel GmbH: "Ich freue mich, dass in der Gemeinsamen Erklärung die Leistungen der Arzneimittel-Hersteller für die Versorgung mit rezeptpflichtigen wie auch rezeptfreien Arzneimitteln hervorgehoben werden. Denn die aktuelle pandemische Situation hat die Bedeutung unserer Branche eindrucksvoll vor Augen geführt. Um auch in Zukunft eine sichere und verlässliche Arzneimittelversorgung zu gewährleisten, brauchen wir jedoch Anpassungen insbesondere bei den sozialrechtlichen Steuerungsinstrumenten, wie die Mehrfachvergabe bei Rabattverträgen, ein Auslaufen des Preismoratoriums und ein Verzicht auf die Substitution von Biologika in Apotheken. Besonders unterstützt wird von uns das Bestreben nach Bürokratieabbau."

Für die Hersteller generischer Arzneimittel hob Wolfgang Späth, Vorsitzender Hexal AG und Vorstandsvorsitzender von Pro Generika die Bedeutung der Arzneimittelversorgung hervor: "Die Stabilität der Versorgung ist eines der drängendsten Arzneimittelthemen unserer Zeit. Das hat auch der Bayerische Pharmagipfel bestätigt. Durch Covid-19 haben wir alle gelernt, wie sehr es in der Krise auf Arzneimittel ankommt und wie fragil unsere Versorgung sein kann. Nur eine Modifikation der Rabattverträge kann dem entgegen wirken. Es darf – so ein Ergebnis des Gipfels – nicht mehr nur um den billigsten Preis gehen. Auch Kriterien zugunsten von mehr Liefersicherheit müssen berücksichtigt werden. Mit Blick auf Biologika sollte die Pandemie uns ebenfalls eine Lehre sein. Denn hier führt die Politik mit der automatischen Substitution genau das Instrument ein, das die Generika-Versorgung destabilisiert hat. Die Forderung, diesen Schritt noch einmal zu überprüfen, begrüßen wir deshalb ausdrücklich."

Alle Teilnehmer betonten die gelungene und konstruktive Kooperation. Weigert sagte: "In Bayern haben wir mit dem Bayerischen Pharmagipfel, unseren Forschungsprogrammen und dem Ausbau der universitären und außeruniversitären Forschung, der Förderung von Gründern und von einschlägigen Clustern und Netzwerken viel erreicht. Jetzt muss auch die zukünftige Bundesregierung bei den Rahmenbedingungen liefern." Gesundheitsminister Holetschek hob hervor: "Die Pandemie hat unser Bewusstsein für die Bedeutung unserer Gesundheit weiter geschärft – und damit für die zentrale Rolle wirksamer Medikamente und Impfstoffe. Wir werden den erfolgreichen Dialog mit der pharmazeutischen und biotechnologischen Industrie daher auch weiterhin intensiv fortführen."

Ansprechpartnerin:
Tanja Gabler
Stv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 415/21

